

Pies, Ingo

Working Paper

Darf ein profitabler Weltkonzern wie Siemens Ost- Standorte schließen? Eine wirtschaftsethische Reflexion

Diskussionspapier, No. 2018-01

Provided in Cooperation with:

Martin Luther University of Halle-Wittenberg, Chair of Economic Ethics

Suggested Citation: Pies, Ingo (2018) : Darf ein profitabler Weltkonzern wie Siemens Ost-
Standorte schließen? Eine wirtschaftsethische Reflexion, Diskussionspapier, No. 2018-01, ISBN
978-3-86829-935-9, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Lehrstuhl für Wirtschaftsethik,
Halle (Saale),
<https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:gbv:3:2-85933>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/176854>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

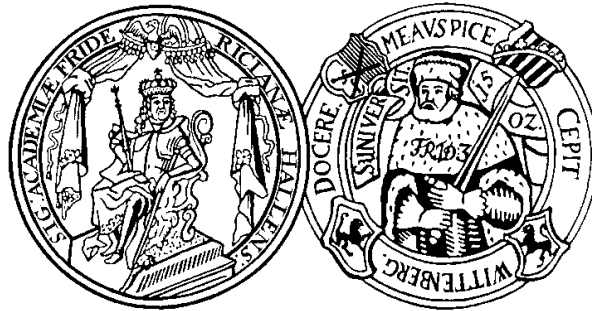
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Ingo Pies

Darf ein profitabler Weltkonzern wie Siemens
Ost-Standorte schließen? –
Eine wirtschaftsethische Reflexion

Diskussionspapier Nr. 2018-01

des Lehrstuhls für Wirtschaftsethik
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg,
hrsg. von Ingo Pies,
Halle 2018

Haftungsausschluss

Diese Diskussionspapiere schaffen eine Plattform, um Diskurse und Lernen zu fördern. Der Herausgeber teilt daher nicht notwendigerweise die in diesen Diskussionspapieren geäußerten Ideen und Ansichten. Die Autoren selbst sind und bleiben verantwortlich für ihre Aussagen.

ISBN 978-3-86829-934-2 (gedruckte Form)
ISBN 978-3-86829-935-9 (elektronische Form)
ISSN 1861-3594 (Printausgabe)
ISSN 1861-3608 (Internetausgabe)

Autoranschrift

Prof. Dr. Ingo Pies
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
Wirtschaftswissenschaftlicher Bereich
Lehrstuhl für Wirtschaftsethik
Große Steinstraße 73
D-06108 Halle
Tel.: +49 (0) 345 55-23420
Fax: +49 (0) 345 55 27385
Email: ingo.pies@wiwi.uni-halle.de

Korrespondenzanschrift

Prof. Dr. Ingo Pies
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
Wirtschaftswissenschaftlicher Bereich
Lehrstuhl für Wirtschaftsethik
Große Steinstraße 73
D-06108 Halle
Tel.: +49 (0) 345 55-23420
Fax: +49 (0) 345 55 27385
Email: ingo.pies@wiwi.uni-halle.de

Kurzfassung

Diese wirtschaftsethische Reflexion geht angesichts einer sehr lautschrillen öffentlichen Debatte der Frage nach, ob ein profitabler Weltkonzern wie Siemens Betriebsstandorte in strukturschwachen Regionen Ostdeutschlands schließen darf. Dem die Öffentlichkeit dominierenden Wahrnehmungsmuster widersprechend werden zwei Thesen vertreten: (1) Es handelt sich nicht primär um einen Konflikt Arbeit versus Kapital, sondern um einen Konflikt Arbeit versus Arbeit. Durch ihre gewinnorientierte Handhabung dieses Konflikts fördern Unternehmen das Gemeinwohl. (2) Betriebsschließungen sind für strukturschwache Regionen als Unglück zu werten, nicht aber als Unrecht.

Schlüsselbegriffe: Gewinnprinzip, Verlust, Marktwirtschaft, Wettbewerb, Legitimation, Wirtschaftsethik

Abstract

Faced with a shrill and agitated public debate, this ethical contemplation investigates whether a profitable global company like Siemens is morally justified in closing production sites in a structurally weak area in East Germany. Contrary to the pattern of perception that dominates public discussion, two propositions are developed: (1) Primarily, we are dealing not with a conflict along the line labor versus capital, but labor versus labor. In dealing with this conflict along the lines of profit orientation, companies serve the common good. (2) If structurally weak areas experience factory closures, this has to be regarded as a misfortune, but not as an injustice.

Keywords: Profit, Loss, Market Economy, Competition, Legitimization, Economic Ethics

Darf ein profitabler Weltkonzern wie Siemens Ost-Standorte schließen? Eine wirtschaftsethische Reflexion

Ingo Pies*

1. Problemstellung

Am 19. Oktober 2017 berichtet die Journalistin Angela Maier in der Online-Ausgabe des Manager Magazins gerüchteweise von Plänen des Siemens-Konzerns, innerhalb der Sparte „Power & Gas“ (PG) mehrere – auch ostdeutsche – Standorte zu schließen.¹ Fast einen Monat später, am 16. November 2017, teilt die Siemens AG per Presseerklärung öffentlich mit, dass über einen Zeitraum von mehreren Jahren folgende Stellenstreichungen geplant sind: „In Summe beläuft sich die Zahl der weltweit bei PG betroffenen Arbeitsplätze auf rund 6.100. In Deutschland ist eine Anpassung um rund 2.600 Stellen geplant. Die Pläne sehen vor, die Standorte Görlitz (aktuell rund 720 Arbeitsplätze) und Leipzig (circa 200 Arbeitsplätze) zu schließen. Zudem soll das Lösungsgeschäft (Solutions) der Standorte Offenbach und Erlangen zusammengelegt werden. Durch diese drei Maßnahmen sollen insgesamt 1.600 Stellen entfallen. Für den Standort Erfurt werden mehrere Optionen geprüft wie beispielsweise ein Verkauf. Darüber hinaus sollen etwa 640 Stellen in Mülheim an der Ruhr und etwa 300 in Berlin abgebaut werden.“² Ferner wird angekündigt: „Zur Umsetzung sollen zeitnah Beratungen mit den zuständigen Arbeitnehmervertretern aufgenommen werden. Ziel ist es, die geplanten Maßnahmen möglichst sozialverträglich zu gestalten.“³ Des Weiteren gibt Siemens bekannt, dass im laufenden Geschäftsjahr 2017 in Deutschland rund 5.200 Stellen neu geschaffen wurden und dass man auch für die nächsten Jahre mit einem ähnlichen Beschäftigungsaufbau rechne. Vor diesem Hintergrund wird angekündigt: „Die Zahl der offenen Stellen im Konzern lag zuletzt bei 3.200. Ziel ist es, möglichst viele der vom Umbau betroffenen Stellen auf freie Stellen im Konzern zu vermitteln beziehungsweise für diese zu qualifizieren.“⁴

Bei den unmittelbar Betroffenen, aber auch in der demokratischen Öffentlichkeit stießen diese Pläne auf heftige Kritik. Man störte sich besonders an zwei Punkten. Zum einen erwirtschaftet der Siemens-Konzern insgesamt recht ordentliche Gewinne. Zum anderen betrifft die geplante Schließung der Produktion in Görlitz eine besonders strukturschwache Region. Vor diesem Hintergrund wurde von prominenten Politikern öffentlich in Frage gestellt, ob der angekündigte Abbau von Arbeitsplätzen überhaupt nötig sei und ob er den Grundsätzen unternehmerischer Verantwortung entspreche.

Der Thüringer Ministerpräsident Ramelow (DIE LINKE) ließ verlauten: „Es kann nicht sein, dass die Neuausrichtung des Konzerns vor allem auf dem Rücken Ostdeutschlands ausgetragen wird.“⁵ Ähnlich äußerte sich Sachsens Ministerpräsident Tillich

* Für kritische Anmerkungen und hilfreiche Hinweise danke ich Markus Beckmann, Karl Homann, Stefan Hielscher, Martina Pies, Christian Rennert und Andreas Suchanek. Da hier ein Thema aufgegriffen wird, dass sich im Zeitablauf dynamisch (weiter-)entwickelt, sei der Hinweis erlaubt, dass die Arbeit am Text am 25. Januar 2018 abgeschlossen wurde.

¹ Vgl. Maier (2017).

² Vgl. Siemens (2017; S. 3).

³ Vgl. Siemens (2017; S. 2).

⁴ Vgl. Siemens (2017; S. 4).

⁵ Handelsblatt (2017).

(CDU): „Wenige Wochen vor Weihnachten verkündet Siemens eine solche Standort-Entscheidung. Das ist nicht etwas, was wir von DAX-Unternehmen in Deutschland erwarten können. Wir können von ihnen erwarten, dass sie ihrer strukturpolitischen und nicht nur ihrer wirtschaftlichen Verpflichtung nachkommen“⁶. Ferner sagte er: „Deswegen werden wir uns zur Wehr setzen und Siemens auffordern, alternative Konzepte für die Standorte anzubieten. Wir wollen, dass Siemens Standorte in Görlitz wie in Leipzig erhalten bleiben.“⁷

Es gab aber nicht nur landespolitische, sondern auch bundespolitische Reaktionen. Am 20. November 2017 teilte die Bundestagsabgeordnete Helin Evrim Sommer für ihre Fraktion per Presseerklärung unter der Überschrift „Für den Erhalt aller Arbeitsplätze bei Siemens“ Folgendes mit: „DIE LINKE steht fest an der Seite der Beschäftigten, wird die Proteste und wenn erforderlich auch die Arbeitskämpfe unterstützen. Im Bundestag setzen wir uns dafür ein, dass Massenentlassungen bei Unternehmen, die Gewinne erwirtschaften, verboten werden.“⁸

Besonders deutlich brachte der SPD-Vorsitzende Martin Schulz die allgemeine Stimmungslage zum Ausdruck. In einer Sitzung des Bundestages am 21. November 2017 kennzeichnete er die Siemens-Strategie wie folgt: „Wir schmeißen die Leute raus, das steigert den Gewinn. Das ist nicht das Verhalten eines verantwortungsbewussten Managements.“⁹ Ferner erklärte Schulz, er halte die Entscheidung von Siemens für „unverantwortlich, weil ... in diesem Jahr der Konzern nicht Not leidet, sondern Rekordgewinne macht. Es ist unverantwortlich, weil sie ohne jede Rücksichtnahme auf das Leben der Beschäftigten und ihrer Familien getroffen worden ist, und nicht zuletzt ist es unverantwortlich, weil es dazu führt, dass es ... schwere Schläge gegen die Wirtschaft in Regionen unseres Landes gibt, die Stabilität brauchen und nicht Verantwortungslosigkeit von Arbeitgebern.“¹⁰ „Dieser Vertrauensbruch ist umso schwieriger, weil sich ein wichtiger Arbeitgeber ... aus dem Osten unseres Landes zurückzieht, aus Regionen, die den Rückzug von Siemens eben nicht leicht auffangen können.“¹¹ Seine eigene Vorstellung von unternehmerischer Verantwortung erläuternd, gab Schulz zu Protokoll: „Wenn sich bestimmte Betriebssparten kompliziert entwickeln, man aber zugleich auf der anderen Seite in anderen Betriebssparten Riesengewinne erzielt, dann kann man die doch nutzen, um die Schwierigkeiten abzufangen. Nein: Stattdessen wird zu einem alten System gegriffen, zu einem alten Mittel, das kapitalistische Unternehmen immer haben: Wenn es hart wird, muss am Ende die Belegschaft bluten. Und das ... ist völlig inakzeptabel.“¹²

Zwei Tage später, am 23. November 2017, besuchte Martin Schulz die Siemens-Betriebsrätetagung der IG-Metall. Dort äußerte sich wie folgt: „Es gibt keinen Grund, bei einem Unternehmen, das 6,3 Milliarden Euro Gewinn macht, Arbeitsplätze abzubauen. So einfach ist das.“¹³ Weiter sagte er: „In unserer Verfassung steht: Eigentum verpflichtet.

⁶ Freie Presse (2017).

⁷ Freie Presse (2017).

⁸ Sommer (2017).

⁹ Schulz (2017a; 0:40-0:48 min).

¹⁰ Schulz (2017a; 1:32-2:04 min).

¹¹ Schulz (2017a; 2:50-3:08 min).

¹² Schulz (2017a; 3:55-4:24 min).

¹³ Schulz (2017b; 0:01-0:10 min).

Eigentum verpflichtet aber nicht dazu, bei 6,3 Milliarden Gewinn, den Reichtum der Eigentümer noch ein bisschen zu vermehren.“¹⁴ Ferner äußerte Schulz folgende Einschätzung: „Volkswirtschaftlich ist der Abbau von qualifizierten Arbeitsplätzen ein Irrsinn.“¹⁵ Und abschließend gab er folgendes Statement ab: „Wenn... sich die Philosophie durchsetzt, ... dass durch Arbeitsplatzabbau die Effizienz des Unternehmens gesteigert wird, dann heißt das übersetzt: Damit wir noch ein bisschen mehr Gewinn machen, schmeißen wir die Leute raus. Das ist asozial.“¹⁶

Man sieht: Hier werden grundlegende Fragen angesprochen, die weit über den konkreten Einzelfall hinausweisen. Im Kern geht es um eine kollektive Selbstverständigung darüber, wie man die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft aufgefasst wissen will. Deshalb werde ich versuchen, in der nun folgenden wirtschaftsethischen Reflexion zumindest einige der zentralen Konfliktpunkte aufzugreifen – und aufzuklären. Dies scheint mir auch deshalb ein sinnvolles Unterfangen zu sein, weil in den Medien über die politischen Reaktionen auf die Siemens-Entscheidung sehr umfassend berichtet wurde. Allerdings mangelte es in dem ansonsten recht pluralistischen Spektrum der veröffentlichten Meinung an Stimmen, die dem hier dokumentierten Tenor moralischer Verurteilung argumentativ entgegengetreten wären – mit der interessanten Ausnahme, dass Siemens-Chef Kaeser einen offenen Brief an SPD-Chef Schulz richtete, in dem er die Entscheidung seines Unternehmens verteidigte.¹⁷

2. Eine kurze Vorbemerkung

Mit der Ankündigung, Betriebsstandorte zu schließen, begibt sich der Siemens-Konzern in einen Konflikt mit Teilen seiner Belegschaft. Für diesen Konflikt müssen in Verhandlungen tragfähige Lösungen gefunden werden. Insofern ist davon auszugehen, dass dem Konzern daran gelegen ist, mit seiner Ankündigung eine strategische Verhandlungsposition aufzubauen. Folglich ist nicht von vornherein auszuschließen, dass der Konzern vielleicht andere Optionen präferiert als ausgerechnet jene, die er öffentlich ankündigt. Beispielsweise wäre es denkbar, dass Siemens für den Standort Görlitz einen partiellen Gehaltsverzicht der Mitarbeiter anstrebt oder Subventionen von der Politik einstreichen möchte, um den Betrieb unter geänderten Konditionen fortzuführen oder zu veräußern. Vielleicht ist die angekündigte Schließung nur eine Maximalforderung, mit der man die Verhandlungspartner zu Konzessionen bewegen will? Folglich wäre es leichtfertig, den Verlautbarungen des Siemens-Konzerns blind zu vertrauen. Schließlich haben wir es hier mit strategischer Kommunikation zu tun.

Natürlich gilt das Gleiche auch für die Gegenseite. Die betroffenen Belegschaften, ihre Betriebsräte und Gewerkschaften haben ebenso wie die betroffene Kommunal- und Landespolitik ein vitales Interesse daran, sich in ihren Äußerungen ebenfalls strategisch zu verhalten. Für die Arbeitnehmervertreter bedeutet dies, zunächst einmal kollektives Handeln zu organisieren und möglichst viel öffentliche Aufmerksamkeit zu erzeugen. Dies geschieht am wirksamsten dadurch, dass man sich als Opfer illegitimer (Fehl-)Entscheidungen des Siemens-Konzerns darstellt und so auch die allgemeine Bevölkerung einlädt, Solidarität zu empfinden und letztlich politischen Druck auf Siemens auszuüben.

¹⁴ Schulz (2017b; 1:50-2:20 min).

¹⁵ Schulz (2017b; 2:42-2:48 min).

¹⁶ Schulz (2017b; 3:09-3:54 min).

¹⁷ Vgl. Kaeser (2017).

In ganz ähnlicher Weise sind die Politiker der betroffenen Bundesländer und Gemeinden daran interessiert, eine öffentliche Stimmung zu erzeugen, die Siemens dazu veranlasst, die angekündigte Entscheidung zumindest teilweise zurückzunehmen, also Standorte entweder gar nicht oder erst später zu schließen oder kompensatorisch neue Investitionen vor Ort vorzunehmen.

Im vorliegenden Fall scheint allerdings einiges dafür sprechen, dass Siemens die eigenen Ankündigungen ernst meint. Zum einen musste der Konzern-Leitung bewusst sein, dass die auffällige Konzentration der geplanten Werksschließungen auf ostdeutsche Bundesländer für politischen Aufruhr sorgen wird. Da Unternehmen es gerne vermeiden, unnötige Reputationsschäden zu erleiden, ist dies ein erstes Indiz dafür, dass Siemens die Standorte wirklich schließen will. Ein zweites Indiz besteht darin, dass auch General Electric, der Branchenprimus für Gasturbinen und damit der wichtigste Konkurrent von Siemens, in etwa zur gleichen Zeit umfängliche Stellenstreichungen angekündigt hat.¹⁸ Dies deutet darauf hin, dass sich die Branche möglicherweise in einem viel grundlegenden Strukturwandel befindet, als dies in der Öffentlichkeit bislang wahrgenommen und diskutiert worden ist. Befinden sich Unternehmen in einem solchen Strukturwandel, dann sehen sie sich dem unabweisbaren Zwang ausgesetzt, neue Investitionen vorzunehmen und gleichzeitig alte Investitionen radikal abzuschreiben, was auch bedeutet, neue Arbeitsplätze zu schaffen und gleichzeitig alte Arbeitsplätze abzubauen. Ein drittes Indiz ist der öffentliche Brief von Joe Kaeser an Martin Schulz. Diese aufsehenerregende Reaktion entfaltet eine Bindungswirkung für die gesamte Konzernleitung und macht es damit sehr unwahrscheinlich, dass Siemens die angekündigten Standortschließungen zurücknimmt.

Es hat also durchaus den Anschein, dass Siemens es ernst meint und die Konzernleitung davon ausgeht, dass ihre Entscheidung gut begründet ist und sozialverträglich umgesetzt werden kann. Doch wie dem auch sei: Die genauen Fakten werden allenfalls erst im Laufe der Verhandlungen – und das heißt hier: erst im Laufe der kommenden Jahre – auf den Tisch gelegt werden. Angesichts dieser Informationslage wäre es leichtfertig, zum konkreten Fall Stellung zu nehmen, denn dies würde bedeuten, einzelne Bruchstücke offensichtlich strategischer Kommunikation naiv zum Nennwert zu nehmen. Allerdings ist es durchaus möglich, den Fall ins Allgemeine zu heben und die hier konkret aufgeworfenen Fragen prinzipiell – im Rekurs auf die Logik und Ethik der Marktwirtschaft – zu beantworten. Also lautet meine Frage: Darf ein profitabler Weltkonzern (wie Siemens) Betriebsstandorte im Osten Deutschlands schließen?

3. Arbeit versus Kapital oder Arbeit versus Arbeit wo genau verläuft die Konfliktlinie

Wenn Siemens den Standort Görlitz auflösen will, weil die dort gefertigte Produktlinie aufgrund eines tiefgreifenden Strukturwandels am Markt nicht mehr nachgefragt wird,

¹⁸ Spiegel Online (2017): „Wenige Wochen nach Siemens hat auch der US-Industriekonzern General Electric (GE) massive Kürzungen in seiner Kraftwerkssparte angekündigt. Weltweit will das Unternehmen rund 12.000 Stellen abbauen, davon 1600 an den deutschen Standorten Mannheim, Stuttgart, Berlin, Mönchengladbach und Kassel. ... Wie Siemens nennt auch GE den Preisdruck und die schwache Nachfrage nach konventionellen Kraftwerken als wesentliche Gründe für die Entscheidung. »Die Entscheidung war schmerzhaft, aber notwendig«, sagte der globale GE-Kraftwerks-Chef Russell Stokes. Der US-Konzern stellt wie Siemens Gasturbinen und andere Kraftwerkstechnik her. Die Nachfrage ist wegen der zunehmenden Verbreitung von Wind- und Solaranlagen jedoch spürbar gesunken und damit auch die erzielbaren Preise. »Wir erwarten, dass der Markt herausfordernd bleibt«, sagte Stokes.“

dann geschieht dies nicht, um den Gewinn des Konzerns zu steigern, sondern um eine Verlustquelle zu schließen. Um den Gewinn des Konzerns zu steigern, wird in neue Arbeitsplätze investiert. Auch der ursprüngliche Aufbau der nun abzubauenen Arbeitsplätze in Görlitz verdankt sich der seinerzeitigen – und über einen langen Zeitraum offenbar auch zutreffenden – Erwartung, mit einer solchen Investition Gewinne zu erwirtschaften.

Wenn es tatsächlich so ist, dass Siemens Arbeitsplätze (in Görlitz) abbauen und gleichzeitig (an anderen Standorten) neue Arbeitsplätze aufbauen will, dann hat dies radikale Konsequenzen für die Identifizierung des relevanten Konflikts. Folgt man der öffentlichen Wahrnehmung, so handelt es sich ja nach klassischem Muster um einen Konflikt Arbeit versus Kapital. In Wirklichkeit jedoch liegt hier ein Konflikt Arbeit versus Arbeit vor. Anstelle eines Klassenkampfes von oben gegen unten haben wir es also mit einem ‚Klassenkampf von der Seite‘ zu tun, mit einem Konflikt zwischen den Insidern und Outsidern des Arbeitsmarktes, also den etablierten (und gut situierten) Arbeitsplatzbesitzern auf der einen Seite und den nach einer neuen Anstellung strebenden Arbeitssuchenden, die oft (noch) nicht wohlhabend sind. Denn die Ressourcen, die aufgrund der anstehenden Verhandlungen zusätzlich für Görlitz ausgegeben werden – sei es, um die geplante Werksschließung zeitlich hinauszuzögern, sei es, um höhere Kompensationsleistungen für die betroffenen Mitarbeiter durchzusetzen –, stehen dem Unternehmen dann für Investitionen in den Aufbau neuer Arbeitsplätze nicht mehr zur Verfügung. Im Klartext heißt das: Jeder Zusatzeuro für die Insider fehlt, um Arbeitsplätze für Outsider zu schaffen. In dieser Hinsicht ist die (ver)öffentlich(t)e Meinung also das Gegenteil von ausgewogen, denn sie unterschlägt die Interessen der Outsider und hat nur die Interessen der Insider vor Augen.

Vor diesem Hintergrund wäre es eine schlechte Idee – für Arbeit *und* Kapital! –, wenn der Siemens-Konzern dem Ratschlag von Martin Schulz folgen wollte, die Erträge aus gewinnbringenden Aktivitäten zu nutzen, um die auf absehbare Zeit verlustbringenden Aktivitäten in Görlitz mittels einer konzerninternen Quersubventionierung zu erhalten. Betriebswirtschaftlich ist das genaue Gegenteil richtig, also verlustbringende Aktivitäten abzubauen und gewinnbringende Aktivitäten auszubauen. Wie aber stellt sich der Sachverhalt dar, wenn man ihn aus volkswirtschaftlicher Sicht betrachtet, also aus der Perspektive des Gemeinwohls?

Der durchschnittliche Bürger ist kein Aktionär von Siemens und hat folglich kein unmittelbares Interesse daran, dass Siemens Gewinne erwirtschaftet. Aber er hat ein mittelbares Interesse daran – und zwar aus Gründen, die in der öffentlichen Diskussion regelmäßig übersehen werden: Ein Unternehmen erwirtschaftet nur dann Gewinn, wenn es bei seinen Kunden auf freiwilliger Grundlage eine Zahlungsbereitschaft mobilisieren kann, die den Ressourcenverzehr und mithin die Kosten der Produktion übersteigt. Insofern sind Gewinne ein Signal – und eine Belohnung – dafür, dass es einem Unternehmen gelungen ist, produktive Wertschöpfung zu betreiben. Und umgekehrt: Verluste signalisieren – und bestrafen – Wertevernichtung, also eine Inanspruchnahme gesellschaftlicher Ressourcen, wo am Ende des Tages der erwirtschaftete Umsatz nicht ausreicht, um die entstandenen Kosten zu decken.

Für die Kapital-Eigentümer von Siemens ist die Gewinnerzielung sicherlich ein genuines Ziel. Aber aus Sicht der bundesdeutschen Gesellschaft ist diese Gewinnerzielung nur ein Mittel, dessen man sich in der Marktwirtschaft bedient, um Unternehmen zu ver-

anlassen, das Gemeinwohl zu fördern. Diese fördern das Gemeinwohl, indem sie produktive Wertschöpfung betreiben und unproduktive Wertevernichtung unterlassen. Da Unternehmen in der Marktwirtschaft unter Wettbewerbsdruck gesetzt werden, sehen sie sich gezwungen, den weitaus größten Teil ihrer Wertschöpfungserträge an ihre Interaktionspartner abzugeben und gesellschaftlich diffundieren zu lassen: in Form höherer Löhne für ihre Arbeitnehmer und in Form niedrigerer Preise für ihre Kunden. Diese gesellschaftliche Diffusion der unternehmerischen Wertschöpfungserträge lässt den allgemeinen Lebensstandard ansteigen – und konstituiert damit ein indirektes, aber absolut vitales Gemeinwohl-Interesse daran, dass Unternehmen Tätigkeiten mit positiver Gewinnerwartung ausüben und spiegelbildlich Tätigkeiten mit negativer Gewinnerwartung unterlassen.

Man kann diese Überlegung auch normativ zuspitzen: Unter den Bedingungen einer wettbewerblich verfassten Marktwirtschaft sind Unternehmen Wertschöpfungsagenten im gesellschaftlichen Gemeinwohlförderungs-Auftrag und als solche primär dafür verantwortlich – d.h. moralisch in die Pflicht zu nehmen –, ihre Produktionstätigkeiten so auszurichten, dass sie Gewinne erwirtschaften und Verluste vermeiden. Insofern ist es nicht moralisch, sondern unmoralisch, wenn man von Siemens fordert, verlustbringende Arbeitsplätze zu erhalten oder bewusst nicht den besten Standort für neue Investitionen – und damit auch für neue und attraktive Arbeitsplätze! – zu wählen, denn diese Forderung liefe darauf hinaus, dass Siemens per Quersubventionierung einen Substanzverlust erlitte und an Wachstumsdynamik einbüßen würde. Dies hätte zur Folge, dass Siemens seine gemeinwohlfördernden Aktivitäten einschränken müsste. Die gesellschaftliche Verantwortung von Siemens würde so nicht gestärkt, sondern geschwächt.

4. Die Gretchenfrage: Unglück oder Unrecht?

Das den öffentlichen Diskurs dominierende Deutungsmuster ist irreführend. Hier geht es nicht darum, dass ein Unternehmen um seines Gewinns willen das Gemeinwohl beeinträchtigen würde, sondern es geht darum, dass die gewinnorientierte Gemeinwohlförderung eines Unternehmens irrigerweise moralisch diskreditiert wird. Dies kann man sich vielleicht am besten dadurch vor Augen führen, dass man folgende Frage stellt: Geschieht der Region Görlitz mit der Siemens-Entscheidung ein Unrecht, oder trifft sie ein Unglück?

Dies ist eine wichtige – kategoriale – Unterscheidung, mit gravierenden Konsequenzen dafür, welche emotionale Reaktion und welches moralische Urteil angemessen ist. Auf ein Unglück reagieren Menschen mit Trauer und Solidarität – also mit Gemeinschaftsgefühl. Und dann krempeln sie gemeinsam die Ärmel hoch, um das Beste aus der Situation zu machen. Auf ein Unrecht aber reagieren Menschen mit Ärger und Wut – also mit Entzweiungsgefühlen –, mit individueller Verbitterung und Feindseligkeit, die sich zu Hass und kollektiven Rachegehlüsten steigern kann. Mit einem Unrecht hadert man, weil man will, dass eine bestimmte Handlung, die als illegitimer Akt erscheint, zurückgenommen wird. Da sinnt man auf Wiedergutmachung im Sinne eines Täter-Opfer-Ausgleichs. Über ein Unglück denkt man anders nach. Hier geht es im Sinne einer Versicherungsleistung um Schadensersatz, also um eine kollektive Kompensation derer, die Pech gehabt haben. Es sind insgesamt vier Lektionen, die sich mit dieser grundlegenden Unterscheidung verbinden.

Erste Lektion: In der Öffentlichkeit herrscht der Eindruck vor, dass Siemens unverantwortlich – und damit unrechtmäßig – handelt, wenn dieser profitable Weltkonzern ausgerechnet in einer strukturschwachen Region wie Görlitz einen Produktionsstandort schließt. In Wirklichkeit tritt das Unternehmen hier aber nur als Überbringer einer schlechten Nachricht auf. Denn Siemens selbst ist vom Strukturwandel getroffen. Die – politisch verordnete – Energiewende hin zu erneuerbaren Energien lässt die Nachfrage nach Gasturbinen zusammenbrechen. Die massiven Überkapazitäten führen zu einem Preisverfall, so dass eine einstmals gewinnbringende Produktionslinie verlustträchtig wird. Die Sicht auf diesen Sachverhalt wird semantisch dadurch verstellt, dass man das Unternehmen als Arbeitgeber bezeichnet. In einem juristischen Sinne ist das natürlich richtig. Aber ökonomisch ist es falsch, weil der eigentliche ‚Arbeitgeber‘ ja der Kunde ist und das Unternehmen – als intermediärer Akteur – nur eine Vermittlerrolle zwischen Arbeitnehmer und Kunde einnimmt: Aufgrund des Strukturwandels fragen die Kunden die in Görlitz produzierten Gasturbinen nicht mehr in den üblichen Mengen zu den üblichen Preisen nach. Dadurch gerät das Unternehmen – ohne eigenes Verschulden – mit dieser Produktlinie in die Verlustzone. Aus einmaliger Wertschöpfung wird Wertevernichtung. Darauf reagiert das Unternehmen mit der Entscheidung, den Standort zu schließen. Die betroffenen Arbeitnehmer erleiden so einen Schaden – ebenfalls ohne eigenes Verschulden.¹⁹ Aber sie erleiden diesen Schaden aufgrund eines Unglücks, nicht aufgrund eines Unrechts: Der Siemens-Konzern baut nicht aus Willkür Arbeitsplätze in Görlitz ab, sondern weil er aufgrund einer Situationsänderung, die außerhalb seiner Macht steht, seiner Gewinnerzielungsabsicht – und damit auch: seinem Gemeinwohlauftrag zu produktiver Wertschöpfung – vor Ort nicht länger mit Erfolg nachkommen kann.²⁰

Zweite Lektion: Die Unterscheidung zwischen Unrecht und Unglück öffnet die Augen dafür, dass die Solidaritätsgefühle der Öffentlichkeit nicht in erster Linie auf die Siemens-Beschäftigten der Region Görlitz zu richten sind, sondern auf jene Menschen, die in und um Görlitz leben, ohne bei Siemens beschäftigt zu sein. Dies mag vielleicht überraschen, lässt sich aber leicht begründen. Auf der einen Seite gehören die Siemens-Beschäftigten

¹⁹ Das erkennt man schon daran, dass die im Zuge des Strukturwandels neu eingestellten Arbeitnehmer ihren neuen Job nicht etwa deshalb erhalten, weil sie einen juristischen oder moralischen Anspruch darauf hätten, sondern allein deshalb, weil sie das Glück haben, mit der richtigen Qualifikation am rechten Ort zur rechten Zeit verfügbar zu sein. Rückblickend betrachtet, gilt das natürlich auch für die vor Jahren in Görlitz geschaffenen Arbeitsplätze, die nun abgebaut werden sollen. Insofern könnte man für die Arbeitnehmer die moralische Pflicht folgern, jenen Markt-Prozess als legitim anzuerkennen, dem sie ihre ursprüngliche Beschäftigung verdanken, auch wenn es diesem auf allgemeines Wachstum programmierten Markt-Prozess inhärent ist, mit Zufalls-Elementen zu arbeiten, so dass nicht jeder immer nur Glück haben kann, sondern gelegentlich auch vom Pech verfolgt wird. Die intelligente Anschlussfrage hier lautet nicht, wie man diesen dynamischen Marktprozess stillstellen kann, sondern wie (Sozial-)Versicherungsarrangements beschaffen sein sollten, damit diejenigen, die um des Gemeinwohls willen ein Unglück hinnehmen müssen, möglichst sozialverträglich kompensiert werden können. Ich komme darauf sogleich zurück.

²⁰ Genau hier liegt eine interessante Pointe des Offenen Briefs von Siemens-Chef Joe Kaeser an SPD-Chef Martin Schulz. Kaeser (2017; S. 1 f.) gibt durch die Blume zu verstehen, dass er sich von Politikern nicht dafür beschimpfen lassen möchte, auf einen von Politikern verordneten Strukturwandel zu reagieren: „Es würde mich ... interessieren, von Ihnen zu hören, welche »Managementfehler« Sie im Zusammenhang mit dem Energieerzeugungsgeschäft bei Siemens konkret sehen. Denn mit einer in der Sache richtigen aber in Ausführung und Timing höchst unglücklich umgesetzten Energiewende wurden dem Steuerzahler von der Bundesregierung Kosten in Höhe von über 400 Milliarden Euro aufgebürdet. Die vor allem in der Solarindustrie durch großzügige Subventionen geschaffenen Arbeitsplätze sind überdies weitestgehend in China entstanden. Die Verweigerung von Risikodeckungen für Kohle- und Nuklearangetriebene Dampfturbinen ist ein Wettbewerbsnachteil, mit dem unsere Hauptwettbewerber mit ihren Regierungen nicht zu kämpfen haben – wir schon. Vor allem, wenn es darum geht, unsere Fabriken auszulasten und Beschäftigung zu sichern.“

ganz eindeutig zu den Besserverdienenden der Region. Zudem sind sie sozial sehr gut abgesichert. Sie werden im Fall ihrer Entlassung eine umfangreiche Entschädigung erhalten. Mehr noch: Es ist damit zu rechnen, dass die meisten von ihnen gar nicht entlassen werden, sondern innerhalb des Siemens-Konzerns neue Stellen angeboten bekommen – und deshalb die Region verlassen werden. Auf der anderen Seite wird genau das die Situation der Zurückgebliebenen verschärfen. Die Region wird einen massiven Kaufkraftverlust erleiden. Und der wird zu einem weiteren Arbeitsplatzabbau führen, weil die in der Region angebotenen Güter und Dienstleistungen weniger nachgefragt werden. Das wird den Handel und die Handwerker treffen. Hier werden Menschen ihre Arbeit und damit ihr Markteinkommen verlieren, die wesentlich weniger verdienen und vergleichsweise tiefer fallen werden als jene Siemens-Beschäftigten, die bislang ganz im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit (und der gewerkschaftlichen Fürsorge) stehen.

Dritte Lektion: Wenn nicht nur die Görlitzer Siemens-Beschäftigten vom Unglück getroffen sind, sondern die ganze Region, dann muss die zentrale Frage lauten, wie die gesamte Region für den zu erwartenden Schaden kompensiert werden kann. Diese Frage ist umso dringlicher, als es auch hier einen versteckten Interessenkonflikt gibt, für den die öffentliche Diskussion bislang kategorial blind zu sein scheint: Je großzügiger die Görlitzer Siemens-Beschäftigten mit neuen Stellenangeboten (inklusive Umzugsbeihilfen etc.) bedacht werden, umso größer sind die ökonomischen Kollateralschäden für die Region Görlitz, die unter sinkender Kaufkraft leiden wird. Dieser Interessenkonflikt lässt sich nur wirtschaftspolitisch, nicht aber sozialpolitisch überwinden. Sozialpolitisch tritt der Staat als Versicherungsinstitution auf, indem er Transferzahlungen in die Region organisiert. Alternativ dazu kann der Staat zur Kompensation des Schadens auch dadurch beitragen, dass er sich wirtschaftspolitisch dafür einsetzt, neue Arbeitsplätze in der Region anzusiedeln. Sozialpolitisch lassen sich Einzelfälle kompensieren, aber eine ganze Region kann man gegen das Risiko eines sinkenden Lebensstandards nur wirtschaftspolitisch absichern. Schließlich geht es darum, die Strukturschwäche einer Region nicht zu alimentieren, sondern wirksam zu bekämpfen. Der Sozialstaat – und erst Recht ein einzelnes Unternehmen wie Siemens – wäre mit dieser Aufgabe überfordert.²¹

Vierte Lektion: Selbst wenn es gelänge, Siemens durch massiven Druck zu nötigen, die Arbeitsplätze in Görlitz aufrechtzuerhalten, wäre allen strukturschwachen Gebieten in Deutschland damit ein moralischer Bärendienst erwiesen. Denn potenzielle Investoren würden abgeschreckt, wenn zusätzlich zu den normalen wirtschaftlichen Risiken jetzt auch noch das politische Risiko zu Buche schlägt, eine verlustbringende Tätigkeit nicht mehr ohne Weiteres einstellen zu können. In dynamischer Betrachtung hätte dies die unliebsame Folge, dass die Schaffung neuer Arbeitsplätze nicht ermutigt, sondern entmutigt würde. Regionalpolitisch würde das Gegenteil von dem erreicht, was man zur Angleichung der Lebensverhältnisse anstrebt.

²¹ Es wird oft übersehen, dass auch Unternehmen bedeutende Versicherungsfunktionen übernehmen. Sie sind Schockabsorber und erbringen beispielsweise die Dienstleistung, die unsicheren Zahlungsströme des Unternehmensumsatzes in verlässliche Gehaltszahlungen für Festbeschäftigte umzuwandeln. Dies ist eine wichtige Risikotransformation, die als solche freilich kaum wahrgenommen und explizit wertgeschätzt wird. Insofern müsste in den Mittelpunkt der öffentlichen Auseinandersetzung die Frage gerückt werden, auf welcher Ebene – Unternehmen oder Staat – geeignete Versicherungsarrangement am besten angesiedelt werden können, wenn es darum geht, die Bevölkerung gegen die Risiken des Strukturwandels abzusichern (und gleichzeitig die Chancen des Strukturwandels gesellschaftlich anzueignen).

5. Wirtschaftsethische Aufklärung: Zwei Metaphern für verständliche Analogieschlüsse²²

(a) Der Vorschlag, den Unternehmen gesetzlich zu verbieten, Arbeitsplätze abzubauen, solange sie noch Gewinne erwirtschaften, hat eine inhaltliche Nähe zu dem (bislang fiktiven) Vorschlag, zur Erhöhung der Durchschnittsgeschwindigkeit auf deutschen Straßen den Autofahrern zu verbieten, rechtzeitig vor einem Auffahrunfall auf die Bremse treten zu dürfen.

Ich schlage vor, beide Vorschläge gedanklich durchzuspielen. Beginnen wir mit dem Autobeiispiel. Hier liegt die Wahrnehmung zugrunde: Es wird zuviel gebremst. Die Autos sollten im Durchschnitt schneller fahren. Die Hoffnung lautet: Wenn man das vorzeitige Bremsen verbietet, wird insgesamt weniger gebremst und folglich schneller gefahren. Aber diese Hoffnung beruht auf oberflächlichem Denken. Versetzt man sich in die Situation eines typischen Autofahrers, dann wird er auf die gesetzliche Regulierung seines Bremsverhaltens auch damit reagieren, dass er sein Gasgeben verändert: Er wird von vornherein weniger schnell fahren, um die – aufgrund der Regulierung nicht mehr so leicht vermeidbaren – Auffahrunfälle nicht so schlimm werden zu lassen. Man sieht: Beschleunigungs- und Bremsverhalten hängen eng zusammen. Sie sind interdependent.

Und genau das ist die hier interessierende Analogie. Wenn man – zur Aufrechterhaltung eines hohen Beschäftigungsstandes in Görlitz – Siemens (und anderen Großinvestoren) verbieten wollte, sich aus der Region zurückzuziehen, solange sie weltweit noch Gewinne erwirtschaften, dann wären diese Unternehmen in Zukunft außerordentlich zögerlich, sich auf die Schaffung von Arbeitsplätzen in strukturschwachen Regionen einzulassen. Die Logik lautet: Ohne Exit kein Entry. Die Regulierung des Arbeitsplatzabbaus schlägt durch auf den Aufbau von Arbeitsplätzen. (Analog: Wer nicht mehr ohne Weiteres bremsen darf, wird weniger Gas geben.)²³

(b) Das von prominenten Politikern öffentlich praktizierte Siemens-Bashing hat eine inhaltliche Nähe zu dem (bislang fiktiven) Fall, dass bei der nächsten Elbeflut Politiker an der Grenze zu Tschechien aufmarschieren und als Beschwerdeführer dem Nachbarstaat vorwerfen, Sachsen geflutet zu haben.

Ich schlage vor, auch diese Analogie gedanklich durchzuspielen. Dann sieht man sofort, dass es in einem rein technischen Sinne nicht ganz falsch ist, wenn man sagt, dass Sachsen von Tschechien aus geflutet wird. Aber dennoch rechtfertigt der Sachverhalt nicht das Moralurteil, hier von Unrecht und Schuld zu sprechen. Natürlich ist es für Sachsen ein Unglück, wenn die Elbe über die Ufer tritt. Aber Tschechien ist ebenfalls vom Unglück getroffen und reicht dieses Unglück – mit Vorwarnung – weiter, wenn die Wassermassen, die sich aufgrund von Starkregen in der Elbe sammeln, die Grenze zu Sachsen übertreten. Selbst beim besten Willen wäre es für Tschechien völlig unmöglich, die Flutungen dauerhaft auf eigenem Gebiet unterzubringen, anstatt sie möglichst kontrolliert und schadensminimierend vom Oberlauf zum Unterlauf weiterzuleiten.

²² Hinweis für Leser: Wenn Ihnen die beiden Metaphern merkwürdig oder gar absurd vorkommen, dann stärkt dies mein Argument, per Analogieschluss vor Augen zu führen, wie merkwürdig und sogar absurd einige der politischen Stellungnahmen waren, die die öffentliche Diskussion dominiert haben.

²³ Zur Geschichte dieser Metapher sei folgender Hinweis erlaubt: Bereits bei Schumpeter (1942, 2005; S. 146, H.i.O.) kann man nachlesen, „dass Autos mit Bremsen schneller fahren als sie es sonst täten, weil sie mit Bremsen versehen sind“.

Man muss sich nur vor Augen führen, was sozialpsychologisch an nationalistischen Miss-Stimmungen und anti-tschechischen Ressentiments angerichtet würde, wenn deutsche Politiker dem befreundeten Nachbarstaat im Unglücksfall einer Elbeflut moralisches Unrecht vorwerfen würden, um sensibel dafür zu werden, welche Stimmungslagen und welche anti-marktwirtschaftlichen Ressentiments medial erzeugt werden, wenn die Reaktion des vom Strukturwandel getroffenen Siemens-Konzerns von prominenten Politikern im Klassenkampfmodus kritisiert und als unmoralisch gebrandmarkt wird. Wie beispielsweise wirkt es auf die ostdeutsche Bevölkerung, wenn ein ansonsten so besonnener Staatsmann wie Lothar de Maizière (CDU) sie auffordert, lautstärker Widerstand zu leisten und sich Standortschließungen nicht gefallen zu lassen?

Der letzte Ministerpräsident der DDR nahm wie folgt Stellung: „Siemens geht es um schnöden Profit, nicht um Verantwortung für die Gesellschaft. Heute benehmen sich Unternehmer zunehmend so, wie man es früher im Marxismus-Leninismus-Unterricht gelernt hat. Das empört umso mehr, als es immer wieder Regionen trifft, die extrem strukturschwach sind. ... Man wird den Eindruck nicht los, dass immer wieder gern solche Kahlschläge den Osten treffen, weil da der Widerstand am geringsten ist. Die können auch nicht so laut schreien wie die Westdeutschen.“²⁴

Ist diese Art von Rhetorik Ausdruck berechtigten Volkszorns? Liegt hier also ein Glanzstück repräsentativer Demokratie vor? Oder handelt es sich – *à la mode française* – um einen altersradikalen Gefühlsausbruch, der nach dem Motto: „*Indignez-vous!*“ ansteckend wirken will? Ist es übertrieben zu sagen, dass hier zum Wutbürgertum aufgestachelt wird und dass dies einem Zündeln an der leicht entflammaren Lunte für ein emotional hoch explosives Pulverfass gleichkommt? Wie gefährlich ist solche Demagogie? Wo genau verläuft die Grenze zur geistigen Brandstiftung – und liegen solche Protestaufrufe noch diesseits oder schon jenseits dieser Grenze? Anders gefragt: Muss/kann/will man solche und ähnliche Äußerungen prominenter Politiker als routiniertes Abspulen sorgsam einstudierter Empörungsroutinen interpretieren, also als Versuch, sich beim Wähler mit Skandalinszenierungen, Täter-Opfer-Zuschreibungen und Verschwörungstheorien populär zu machen – und muss/kann/will man sich dann daran gewöhnen, dass dies mittlerweile zur alltäglichen Normalität medialer Demokratie gehört? Oder wäre es angemessener, solchen Äußerungen kritischer zu begegnen? Schließlich könnte man ihnen argumentativ entgegentreten, anstatt sich damit abzufinden, dass sie das Niveau der öffentlichen Auseinandersetzung nicht anheben, sondern absenken – und die Bevölkerung emotional in die Irre führen.

6. Ausblick

Wir leben nicht nur in der Marktwirtschaft, wir leben auch von der Marktwirtschaft. Gleichwohl macht sich seit rund zehn Jahren – seit der Großen Finanzkrise der Jahre 2007 ff. – eine Stimmung breit, die man auf die Formel bringen kann, dass immer mehr Menschen ihre Hoffnung oder zumindest ihre Sehnsucht darauf setzen, es könne Demokratie ohne Kapitalismus geben. Historisch betrachtet, ist die Demokratie ein Kind der Marktwirtschaft. Systematisch betrachtet, ist die Demokratie eher so etwas wie ein Zwillingssphänomen der Marktwirtschaft, ein auf ‚open access‘ beruhendes Politiksystem, das ganz analog zum Wirtschaftssystem wettbewerblich verfasst ist, so dass Politiker um

²⁴ Hannoversche Allgemeine (2017).

Wählerstimmen konkurrieren (müssen), ganz ähnlich wie Unternehmen um Kunden konkurrieren (müssen).²⁵

Wenn der Eindruck nicht täuscht, lief im Dezember 2017 einiges schief, als prominente Politiker sich – ohne hörbaren Widerspruch – daran beteiligten, eine unternehmerische Reaktion auf politische Weichenstellungen als kapitalistischen Angriff auf die Arbeitnehmer zu skandalisieren, und als sie – ebenfalls ohne hörbaren Widerspruch – Gesetzesvorschläge ins Spiel brachten, die in ihrer Konsequenz nichts Geringeres bewirken würden, als die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft – zum Schaden gerade auch der Arbeitnehmer! – drastisch einzuschränken.

Dies wirft die Frage auf, wer in der Öffentlichkeit eigentlich noch dafür einsteht, marktwirtschaftliche Prinzipien zu verteidigen – und sie so zu erklären, dass sie allgemein verstanden werden können. Wer erläutert den Bürgern die Gemeinwohlorientierung wettbewerblich verfasster Märkte und – damit eng verbunden – die moralische Dimension des unternehmerischen Gewinnprinzips? Schaut man auf die Unternehmen und ihre Verbände, auf die Gewerkschaften, die großen Kirchen, die politischen Parteien, die zivilgesellschaftlichen Organisationen oder auf die Medien, so wird man kaum fündig werden. Mit diesem Negativbefund ist eine wichtige Aufgabe für die akademische Disziplin der Wirtschaftsethik markiert.

Die Marktwirtschaft ist in weiten Teilen der Bevölkerung unverstanden und unbeliebt. Ihre Funktionsweise widerspricht populären Intuitionen und erzeugt so emotionalen Widerstand. Das macht es möglich, sogar solche Verhaltensweisen zu skandalisieren, die ganz normalen marktwirtschaftlichen Usancen entsprechen: Wenn ein Unternehmen im Strukturwandel bestimmte Produktionsstandorte schließt und gleichzeitig neue Standorte eröffnet oder ausbaut, dann sollte man bei der moralischen Beurteilung nicht nur auf isolierte Einzeleffekte achten, sondern versuchen, das Gesamtbild ins Auge zu fassen. Wirtschaftsethik kann helfen, den Horizont perspektivisch zu erweitern – und so die für produktive Konfliktlösungen richtigen Fragen stellen.

Schließt man vom konkreten Fall ins Allgemeine, dann lauten diese Fragen:

- Hat man es mit einem Konflikt Arbeit versus Kapital oder aber mit einem Konflikt Arbeit versus Arbeit zu tun? – Und als Follow-up: Inwiefern entspricht die gewinnorientierte Auflösung dieses Konflikts ganz grundsätzlich genau dem Gemeinwohl?
- Erleidet die von einer Standortschließung betroffene Region ein Unrecht, oder wird sie von einem Unglück getroffen? – Und als Follow-up: Ist einem vom Strukturwandel getroffenen Unternehmen in einem moralischen Sinne die Verantwortung oder gar Schuld dafür zuzuweisen, dass Kunden ihr Kaufverhalten ändern und so bestimmte Arbeitsplätze verlustträchtig machen?
- Wie kann man sich die Vorteile des Strukturwandels gesellschaftlich aneignen und gleichzeitig die unvermeidbaren Nachteile in möglichst engen Grenzen halten, indem man auf der geeigneten Ebene für die betroffenen Menschen Versicherungsdienstleistungen zur Schadenskompensation organisiert? – Und als Follow-up: Will man strukturschwache Regionen auf Dauer alimentieren, oder will man ihre Strukturschwäche marktwirtschaftlich mit Hilfe von Unternehmen durch Innovation und Wachstum bekämpfen?

²⁵ Vgl. North et al. (2009).

- Verhält sich ein Konzern wie Siemens moralisch oder unmoralisch, wenn er verlustbringende Arbeitsplätze abbaut und gewinnbringende Arbeitsplätze aufbaut? – Und als Follow-up: Verhalten sich Politiker moralisch oder unmoralisch, wenn sie angesichts eines politisch verordneten Strukturwandels einem Unternehmen vorwerfen, sich am Gewinnprinzip zu orientieren, anstatt einzugestehen, dass der Abbau bestimmter Arbeitsplätze gesellschaftlich erwünscht ist?

Literaturverzeichnis

- Freie Presse (2017): Siemens-Schließungen in Leipzig und Görlitz: Tillich will um Standorte kämpfen, am 16.11.2017 im Internet unter: <https://www.freiepresse.de/WIRTSCHAFT/WIRTSCHAFT-REGIONAL/Siemens-Schliessungen-in-Leipzig-und-Goerlitz-Tillich-will-um-Standorte-kaempfen-artikel10055171.php>
- Handelsblatt (2017): Martin Schulz kritisiert Siemens-Manager als „verantwortungslos“, am 21.11.2017 im Internet unter: <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/spd-chef-zum-geplanten-stellenabbau-martin-schulz-kritisiert-siemens-manager-als-verantwortungslos/20611962.html>
- Hannoversche Allgemeine (2017): Lothar de Maizière verurteilt Werksschließungen im Osten, am 25.11.2017 im Internet unter: <http://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/Lothar-de-Maiziere-verurteilt-Werksschliessungen-im-Osten>
- Maier, Angela (2017): Siemens-Chef Kaeser plant Kahlschlag im Kraftwerksgeschäft, am 19.10.2017 im Internet unter: <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/siemens-chef-joe-kaeser-verschaerft-sparkurs-in-sparte-power-und-gas-pg-a-1173599.html>.
- Kaeser, Joe (2017): Offener Brief an Martin Schulz, datiert auf den 22.11.2017, im Internet unter: www.manager-magazin.de/static/pdf/Kaeser_an_Schulz.pdf (letzter Zugriff 20.1.2018).
- North, Douglass C, John Joseph Wallis und Barry R. Weingast (2009): Violence and Social Orders. A Conceptual Framework for Interpreting Recorded Human History, Cambridge University Press, Cambridge u.a.O.
- Schulz, Martin (2017a): Rede im Bundestag am 21. 11.2017, am 20.12.2017 im Internet unter: <https://www.youtube.com/watch?v=K8OQ5W8KfHk>
- Schulz, Martin (2017b): Rede auf der Siemens-Betriebsräteversammlung der IG-Metall am 23.11.2017, im Internet unter: <https://www.youtube.com/watch?v=EV3tKYUZIx8> (letzter Zugriff 20.1.2018)
- Schumpeter, Joseph A. (1942, 2005): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, 8. Auflage, Tübingen und Basel.
- Siemens (2017): Siemens stellt sich strukturellem Marktwandel und stärkt globale Wettbewerbsfähigkeit, am 16.11.2017 im Internet unter: [file:///C:/Users/ingop/OneDrive/Dokumente/Lager/Siemens/Siemens%20\(2017\)%20Presseerklärung%20PR2017110073CODE.pdf](file:///C:/Users/ingop/OneDrive/Dokumente/Lager/Siemens/Siemens%20(2017)%20Presseerklärung%20PR2017110073CODE.pdf).
- Sommer, Helin Evrim (2017): Presseerklärung „Für den Erhalt aller Arbeitskräfte bei Siemens“, am 20.11.2017 im Internet unter: <https://www.linksfraktion.de/presse/pressemitteilungen/detail/fuer-den-erhalt-aller-arbeitsplaetze-bei-siemens/>
- Spiegel Online (2017): Auch General Electric will Tausende Jobs streichen, am 7.12.2017 im Internet unter: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/general-electric-will-12-000-stellen-streichen-a-1182264.html>

*Diskussionspapiere*²⁶

- Nr. 2018-01 **Ingo Pies**
Darf ein profitabler Weltkonzern wie Siemens Ost-Standorte schließen? Eine wirtschaftsethische Reflexion
- Nr. 2017-17 **Ingo Pies**
Unternehmen handeln im öffentlichen Interesse
- Nr. 2017-16 **Karl Homann, Ingo Pies**
Marx heute
- Nr. 2017-15 **Gerhard Engel**
Martin Luthers Wirtschaftsethik: Aufbruch zum Europäischen Sonderweg?
- Nr. 2017-14 **Ingo Pies**
Die Rehabilitierung kommunitarischer Tugendethik in der ökonomischen Theorie – eine ordonomische Argumentations-skizze
- Nr. 2017-13 **Ingo Pies**
Ökonomische Bildung 2.0 – Eine ordonomische Perspektive
- Nr. 2017-12 **Stefan Hielscher, Jan Winkin, Ingo Pies**
How to Improve the moral capital of CSOs? Some Ordonomic Suggestions
- Nr. 2017-11 **Ulrich Blum, Ingo Pies**
Plädoyer für saubere Braunkohle
- Nr. 2017-10 **Ingo Pies**
Wider die Narreteien des Augenscheins - Wie lange noch wollen wir die junge Generation mit elaborierter Halbbildung abspeisen?
- Nr. 2017-09 **Ingo Pies**
Die universitäre Zukunft der Wirtschaftsethik in Deutschland
- Nr. 2017-08 **Ingo Pies**
Ein ordonomischer Beitrag zum Narrativ der Moderne: Wissenschaft und Wirtschaft stellen Konkurrenz in den Dienst gesellschaftlicher Kooperation
- Nr. 2017-07 **Ingo Pies**
Replik: eine interdisziplinäre Verständigung ist schwierig, aber möglich und lohnend
- Nr. 2017-06 **Ingo Pies, Vladislav Valentinov**
Brauchen wir NGOs?
- Nr. 2017-05 **Ingo Pies**
The Ordonomic Approach to Business Ethics
- Nr. 2017-04 **Ingo Pies**
Ironie bei Schumpeter – Ein Interpretationsvorschlag zum 75. Jubiläum von ‚Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie‘
- Nr. 2017-03 **Ingo Pies**
Ordonomik als Methode zur Generierung von Überbietungsargumenten – Eine Illustration anhand der Flüchtlings(politik)debatte

²⁶ Als kostenloser Download unter <http://ethik.wiwi.uni-halle.de/forschung>. Hier finden sich auch die Diskussionspapiere der Jahrgänge 2003-2012.

- Nr. 2017-02 **Ingo Pies, Stefan Hielscher, Vladislav Valentinov, Sebastian Everding**
Gesellschaftliche Lernprozesse zur Förderung der Bioökonomie – eine ordonomische Argumentations-skizze
- Nr. 2017-01 **Matthias Georg Will**
Voluntary Turnover: What We Measure and What It (Really) Means
- Nr. 2016-09 **Carl Christian von Weizsäcker**
Die Zukunft von Zuwanderung und Integration
- Nr. 2016-08 **Ingo Pies**
Hunger durch Agrarspekulation? – Zur Geschichte eines Fehl-Alarmes
- Nr. 2016-07 **Ingo Pies**
Klima, Politik und Moral
- Nr. 2016-06 **Ingo Pies**
Laudatio zum Max-Weber-Preis für Wirtschaftsethik für Janaina Drummond Nauck
- Nr. 2016-05 **Ingo Pies**
Interview zur Drogenpolitik
- Nr. 2016-04 **Ingo Pies**
Wirtschaftsethik zwischen Theologie und Ökonomik – ein Briefwechsel
- Nr. 2016-03 **Stefan Hielscher, Jan Winkin, Ingo Pies**
NGO Credibility As Private or Public Good?
A Governance Perspective on How to Improve NGO Advocacy in Public Discourse
- Nr. 2016-02 **Ingo Pies**
Wirtschaftsethik der Rohstoffgewinnung –
Vom Ressourcenfluch zur Governance nachhaltiger Entwicklung
- Nr. 2016-01 **Ingo Pies**
Werte-Erziehung? Wirtschafts-Unterricht? –
Vier ordonomische Thesen zum schulischen Bildungsauftrag
- Nr. 2015-14 **Ingo Pies**
Die schulische Förderung Hochbegabter – Eine ordonomische Argumentationshilfe
- Nr. 2015-13 **Stefan Hielscher**
The Societal Role of Business in the Context of Economic History: An Argumentative Outline for a Conceptual Framework and an Empirical Research Program
- Nr. 2015-12 **Stefan Hielscher**
Ehre und Vertrauen im Fernhandel der Deutschen Hanse:
Ein Beitrag zur Debatte um das Ideal des „Ehrbaren Kaufmanns“ aus Sicht der Ordonomik
- Nr. 2015-11 **Ingo Pies**
Kommentar zur Spekulation mit Agrarrohstoffen – Eine Replik auf Christian Conrad
- Nr. 2015-10 **Joachim Weimann**
Wissen wir, was wir tun? – Die deutsche Energiepolitik zwischen moralischem Anspruch und ökonomischer Realität
- Nr. 2015-9 **Ingo Pies**
Wirtschaftsethik ohne Wirtschaftskompetenz? – Zwei Rezensionen und eine Grundlagenreflexion zum Wirtschaftsethik-Buch von Franz Segbers
- Nr. 2015-8 **Stefan Hielscher, Ingo Pies, Aloys Prinz**
Umfassende Organisationsethik für die moderne Gesellschaft: Ein systematischer Vergleich gewinnorientierter und nicht-gewinnorientierter Unternehmen
- Nr. 2015-7 **Ingo Pies**
Individuethik versus Institutionenethik? – Zur Moral (in) der Marktwirtschaft

- Nr. 2015-6 **Ingo Pies**
Die Ordnungsethik plädiert nicht für maßlose Gier, sondern für eine sorgsame Vermeidung intentionalistischer Fehlschlüsse
- Nr. 2015-5 **Ingo Pies**
Solidarität unter Fremden –Zur moralischen Leistungsfähigkeit des Marktes
- Nr. 2015-4 **Ingo Pies**
Rezension zum Wirtschaftsethik-Buch von Nils Ole Oermann
- Nr. 2015-3 **Mathias Georg Will**
Privacy and Big Data: The Need for a Multi-Stakeholder Approach for Developing an Appropriate Privacy Regulation in the Age of Big Data
- Nr. 2015-2 **Ingo Pies**
Diskurs mit Schiefelage Eine ordnungsethische Nachbetrachtung der Mindestlohndebatte
- Nr. 2015-1 **Ingo Pies**
Ordnungsethik für eine bessere Ordnungspolitik: Ordonomische Anregungen zum schulischen Bildungsauftrag
- Nr. 2014-19 **Ingo Pies**
Laudatio Max-Weber-Preis 2014 in der Kategorie Ausbildungs-Studienpreis
- Nr. 2014-18 **Ingo Pies**
Die Gerechtigkeitsdebatte in Deutschland:
Diskursversagen beim Mindestlohn
- Nr. 2014-17 **Ingo Pies**
Der ordonomische Ansatz: eine Illustration am Beispiel des Mindestlohns
- Nr. 2014-16 **Ingo Pies**
Hunger durch Agrarspekulation?
- Nr. 2014-15 **Ingo Pies**
Führen mit Werten in Politik und Wirtschaft
- Nr. 2014-14 **Ulrich Koester, Ingo Pies**
Policy recommendations require more than just technical information. A comment
- Nr. 2014-13 **Ingo Pies**
Wirtschaftsethik der Welternährung
- Nr. 2014-12 **Ingo Pies**
F.A. von Hayek und die moralische Qualität des Wettbewerbs
- Nr. 2014-11 **Ingo Pies**
Argumentiert Papst Franziskus marktfeindlich? Wirtschaftsethische Stellungnahme zum Apostolischen Schreiben »Evangelii Gaudium«
- Nr. 2014-10 **Ingo Pies**
Interview zu CSR
- Nr. 2014-9 **Ingo Pies**
Nahrungsmittelspekulation: ein Interview
- Nr. 2014-8 **Ingo Pies**
Der Finanzsektor soll Hunger bekämpfen – Aber wie?
- Nr. 2014-7 **Matthias Will, Ingo Pies**
Insiderhandel und die Regulierung der Kapitalmärkte: Ein Beitrag zur MiFID-Debatte
- Nr. 2014-6 **Ingo Pies**
Interview zur Moral der Finanzspekulation mit Agrarrohstoffen und zur Ordnungsethik der Zivilgesellschaft
- Nr. 2014-5 **Ingo Pies**
Die Stunde der Symbolpolitik – Zur politischen Funktion wirtschaftlicher Zusammenarbeit in Krisenzeiten
- Nr. 2014-4 **Ingo Pies, Oliver Holtemöller**
Mit administrierten Löhnen Armut bekämpfen? – Warum die Debatte um den Mindestlohn in Deutschland verfehlt ist
- Nr. 2014-3 **Ingo Pies, Stefan Hielscher**

- Miteinander oder Gegeneinander? – Zur Verhältnisbestimmung von Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Organisationen
- Nr. 2014-2 **Matthias Georg Will, Ingo Pies**
Discourse and Regulation Failures: The Ambivalent Influence of NGOs on Political Organizations
- Nr. 2014-1 **Ingo Pies**
Argumentiert der Papst marktfeindlich?
- Nr. 2013-28 **Ingo Pies**
„Diese Wirtschaft tötet.“ – Wirtschaftsethische Stellungnahme zu einigen zentralen Aussagen des Apostolischen Schreibens »Evangelii Gaudium« von Papst Franziskus
- Nr. 2013-27 **Ingo Pies**
Ethik der Welternährung
- Nr. 2013-26 **Ingo Pies, Thomas Glauben**
Wissenschaftliche Stellungnahme zum „Argumentationspapier“ von Foodwatch
- Nr. 2013-25 **Matthias Georg Will, Sören Prehn, Ingo Pies, Thomas Glauben**
Does Financial Speculation with Agricultural Commodities Cause Hunger? – A Reply to our Critics
- Nr. 2013-24 **Ingo Pies, Matthias Georg Will**
Finanzspekulation mit Agrarrohstoffen – Analyse und Bewertung aus wirtschaftsethischer Sicht
- Nr. 2013-23 **Ingo Pies**
Agrarspekulation: Fluch oder Segen?
- Nr. 2013-22 **Ingo Pies, Stefan Hielscher**
(Verhaltens-)Ökonomik versus (Ordnungs-)Ethik? – Zum moralischen Stellenwert von Dispositionen und Institutionen
- Nr. 2013-21 **Ingo Pies, Sören Prehn, Thomas Glauben, Matthias Georg Will**
The Ethics of (Financial) Speculation
- Nr. 2013-20 **Ingo Pies**
The Ordonomic Approach to Order Ethics
- Nr. 2013-19 **Ingo Pies, Sören Prehn, Thomas Glauben, Matthias Georg Will**
Hungermakers? – Why Futures Market Activities by Index Funds Are Promoting the Common Good
- Nr. 2013-18 **Ingo Pies**
Personen, Organisationen, Ordnungsregeln: Der demokratische Diskurs muss zwei Defizite aufarbeiten - ein Interview zur Bankenmoral
- Nr. 2013-17 **Ingo Pies**
Institutionalisierte Solidarität: Märkte nutzen, um Hunger zu bekämpfen!
- Nr. 2013-16 **Ingo Pies**
Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – Der Beitrag von John Maynard Keynes
- Nr. 2013-15 **Ingo Pies**
Keynes und die Zukunft der Enkel
- Nr. 2013-14 **Ingo Pies, Sören Prehn, Thomas Glauben, Matthias Georg Will**
Speculation on Agricultural Commodities: A Brief Overview
- Nr. 2013-13 **Ingo Pies**
Hat der Terminmarkt Hungerkrisen ausgelöst?
- Nr. 2013-12 **Ingo Pies, Matthias Georg Will**
Wie Finanzspekulation mit Agrarrohstoffen: Wie (Wirtschafts-)Ethik und (Agrar-)Ökonomik gemeinsam einem Diskurs- und Politik-Versagen entgegentreten können
- Nr. 2013-11 **Ingo Pies**
Hunger bekämpfen! Aber wie? – Drei Thesen aus wirtschaftsethischer Sicht
- Nr. 2013-10 **Stefan Hielscher und Till Vennemann**
Harnessing CSR for the Innovation Capacity of the Capitalistic Firm: A Conceptual Approach for How to Use CSR in and for Innovation Management

- Nr. 2013-9 **Thomas Glauben und Ingo Pies**
Indexfonds sind nützlich – Ein Zwischenbericht zur Versachlichung der Debatte
- Nr. 2013-8 **Ingo Pies**
Sind hohe Standards immer gut? – Eine wirtschaftsethische Perspektive
- Nr. 2013-7 **Ingo Pies**
Ethik der Agrarspekulation: Rückblick und Ausblick
- Nr. 2013-6 **Ingo Pies**
Agrarspekulation – Replik auf Hans-Heinrich Bass
- Nr. 2013-5 **Ingo Pies**
Agrarspekulation – Replik auf Thilo Bode
- Nr. 2013-4 **Ingo Pies**
Agrarspekulation? – Der eigentliche Skandal liegt woanders!
- Nr. 2013-3 **Matthias Georg Will, Stefan Hielscher**
How Do Companies Invest in Corporate Social Responsibility? An Ordonomic Contribution for Empirical CSR Research – A Revision
- Nr. 2013-2 **Ingo Pies, Sören Prehn, Thomas Glauben, Matthias Georg Will**
Kurzdarstellung Agrarspekulation
- Nr. 2013-1 **Ingo Pies**
Ordnungsethik der Zivilgesellschaft – Eine ordonomische Argumentationsskizze aus gegebenem Anlass

*Wirtschaftsethik-Studien*²⁷

- Nr. 2013-1 **Ingo Pies**
Chancengerechtigkeit durch Ernährungssicherung – Zur Solidaritätsfunktion der Marktwirtschaft bei der Bekämpfung des weltweiten Hungers
- Nr. 2010-1 **Ingo Pies, Alexandra von Winning, Markus Sardison, Katrin Girlich**
Sustainability in the Petroleum Industry: Theory and Practice of Voluntary Self-Commitments
- Nr. 2009-1 **Ingo Pies, Alexandra von Winning, Markus Sardison, Katrin Girlich**
Nachhaltigkeit in der Mineralölindustrie: Theorie und Praxis freiwilliger Selbstverpflichtungen
- Nr. 2007-1 **Markus Beckmann**
Corporate Social Responsibility und Corporate Citizenship
- Nr. 2005-3 **Ingo Pies, Peter Sass, Roland Frank**
Anforderungen an eine Politik der Nachhaltigkeit – eine wirtschaftsethische Studie zur europäischen Abfallpolitik
- Nr. 2005-2 **Ingo Pies, Peter Sass, Henry Meyer zu Schwabedissen**
Prävention von Wirtschaftskriminalität: Zur Theorie und Praxis der Korruptionsbekämpfung
- Nr. 2005-1 **Valerie Schuster**
Corporate Citizenship und die UN Millennium Development Goals: Ein unternehmerischer Lernprozess am Beispiel Brasiliens
- Nr. 2004-1 **Johanna Brinkmann**
Corporate Citizenship und Public-Private Partnerships: Zum Potential der Kooperation zwischen Privatwirtschaft, Entwicklungszusammenarbeit und Zivilgesellschaft

²⁷ Als kostenloser Download unter <http://ethik.wiwi.uni-halle.de/forschung>.

Autor:

Prof. Dr. Ingo Pies

Lehrstuhl für Wirtschaftsethik

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

ISBN 978-3-86829-934-2
ISBN 978-3-86829-935-9